

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt

21/2011

Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion / Persönliche Notizen

Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 8. und 9. Dezember in Brüssel

Der Euro

Bundeskanzlerin Angela Merkel erläuterte an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte. Europa ist nach ihrer Einschätzung unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet sein, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben. Merkel beteuerte, dass ihr eine Änderung der EU-Verträge lieber gewesen wäre, doch sei dies an dem Veto Großbritanniens gescheitert. Mit den Gipfelbeschlüssen sei „der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen“, sagte die Kanzlerin. Der Weg „wurde eingeschlagen, und wie ich glaube, unwiderruflich“, unterstrich Merkel. Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. „Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.“ Diese Fiskalunion beruhe auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen werde. Zu den Beschlüssen des Gipfels gehören die Einführung von Schuldenbremsen in den Euro-Mitgliedsländern sowie automatische Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien. Merkel äußerte Bedauern darüber, dass Großbritannien die Beschlüs-

se des Gipfels nicht mittragen wollte. Es stehe aber „außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird“ - etwa wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz gehe. Großbritannien habe außerdem ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwinde, sagte die Kanzlerin. Der britische Premierminister David Cameron hatte unter anderem im Gegenzug für seine Zustimmung zu einer Änderung der EU-Verträge verlangt, dass sein Land von den Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ausgenommen werde. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder kritisierte in der sich anschließenden Aussprache zur Regierungserklärung diese Haltung im Bundestag scharf. „Die Stabilität des € mit noch wilder ausufernden Finanzmärkten zu erkaufen, wäre so, als hätte man den Bock zum Gärtner gemacht“, sagte er. Nun wäre es notwendig, den Briten zu sagen: „Ihr habt eine Verantwortung für Europa, also berappelt Euch und macht mit.“ Kauder erinnerte daran, dass es bei der Euro-Rettung um die Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa gehe. Merkel betonte, dass die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht zu lösen sei. Den einen Befreiungsschlag gebe es nicht. In diesem Zusammenhang zeigte sie sich froh, dass der Gipfel auch nicht die Einführung von Euro-Bonds beschlossen hat, die eine gesamtschuldnerische Haftung der Euro-Mitgliedstaaten bedeuten würde. Dies wäre eine schnelle Lösung, die aber nicht an die Wurzel des Problems gehe, betonte sie

an die Adresse der Opposition gerichtet. Die Verwirklichung der Stabilitätsunion ist laut Merkel ein jahrelanger Prozess, der auch in Zukunft von Rückschlägen begleitet werde. „Wir wollen die Wende zum Guten schaffen“, sagte sie. Jedes EU-Land, das noch nicht Mitglied der Euro-Zone sei, könne sich dem neuen Vertrag anschließen. So bald wie möglich werde man versuchen, diesen zwischenstaatlichen Vertrag in europäisches Recht zu überführen.

Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen

An diesem Donnerstag wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) in erster Lesung beraten. Der Antrag der Bundesregierung sieht dabei die Senkung der Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten vor. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses soll die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 reduziert werden, um 2014 den Einsatz in seiner bisherigen Form beenden zu können. Vor der Beratung des Antrags der Bundesregierung unterrichtete Bundesaußenminister Guido Westerwelle in der Regierungserklärung „Eigenverantwortung und Partnerschaft - Eine neue Perspektive für Afghanistan“ über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz, die in der vergangenen Woche auf dem Petersberg bei Bonn stattfand. Wie bereits vor zehn Jahren ist es gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen. Vom Petersberg ging die Botschaft aus, dass Afghanistan beim zivilen Aufbau auch über 2014 hinaus auf Unterstützung aus Deutschland zählen kann. Das deutsche Engagement ist mit klaren Erwartungen an die afghanischen Partner verbunden. Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Der christlich-liberalen Koalition ist bewusst, dass der Aufbau staatlicher Strukturen keine einfache Aufgabe ist, aber die Bundesregierung erwartet hier Fortschritte, damit der begonnene Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter verfolgt werden kann. Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche Fortschrittsbericht Afghanistan unerlässlich, den die Bundesre-

gierung in dieser Woche zum zweiten Mal vorgelegt hat. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vor einem Jahr den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat. Diese umfassende Lageanalyse wird auch für die geplante Reduzierung der Zahl unserer Soldaten benötigt. Denn es muss klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Das Engagement der Bundeswehr kann nur so weit reduziert werden, wie die Afghanen die Lage in ihrem Land tatsächlich kontrollieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, den Übergabeprozess erfolgreich umzusetzen.

Durban – ein großer Erfolg für den Klimaschutz

In der dritten Regierungserklärung in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in diesem Jahr erläuterte Bundesumweltminister Norbert Röttgen an diesem Freitag die Ergebnisse der Weltklimakonferenz im südafrikanischen Durban. Hier wurde nach einem wahren Verhandlungsmarathon der Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten dieser Erde – erstmals ohne Ausnahme – geebnet: Bis zum Jahr 2015 wird ein neues Abkommen ausgehandelt, das im Jahr 2020 wirksam werden soll. Auch die USA und China wollen verbindliche Ziele zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mittragen. Dies gelang durch die Hartnäckigkeit der EU und insbesondere Deutschlands und ein Bündnis zwischen EU und den am schwächsten entwickelten Staaten und kleinen Inselstaaten. Weiterhin soll es einen Aktionsplan für mehr Klimaschutz geben, um bis zum Abschluss eines rechtsverbindlichen Abkommens die CO₂-Minderungsmaßnahmen der Staaten zu erhöhen. Wichtige Fortschritte wurden in Durban zudem bei der Einrichtung des „Grünen Klimafonds“ erzielt, mit dem die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt werden sollen. Gerade durch die starke Allianz der EU mit den Entwicklungsstaaten konnte ein Scheitern der Verhandlungen von Durban abgewendet werden – allen Unkenrufen zum Trotz. Deutschland bleibt im internationalen Klimaschutz treibende und führende Kraft. Kein Land investiert mehr in den Klimaschutz. Die beschlossene Energiewende und der rasche Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weisen zudem den Weg in eine weitgehend CO₂-freie Form des Wirtschaftens. Die damit verbundenen Innovations- und

Wachstumschancen sind enorm. Klimaschutz ist deshalb auch Wachstumslokomotive. Für diese Überzeugung wird die christlich-liberale Koalition auch im Zuge der weiteren internationalen Klimaschutzverhandlungen werben.

Zitat: «Kabul darf nie wieder die Hauptstadt der Terroristen in der Welt werden.» (Außenminister Guido Westerwelle am 15.12. im Bundestag zur Lage in Afghanistan)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Nach der Klausur des Bezirksvorstandes der CDU Nordwürttemberg und der Weihnachtsfeier der CDU Ellwangen hielt ich am Barbara-Tag (4. Dezember) zwei Predigten auf Anregung von Pfarrer Golla in St. Georg in Hofen und in St. Stefan in Wasseralfingen. Ich traf auf zwei sehr aktive Gemeinden. In meinen Predigten sprach ich über das Kümmern um die Schwachen, über sich aufeinander zu bewegen, einander begegnen und durch ermutigende Beziehungen Vertrauen aufbauen, um die Schwächeren zu stärken. Die Psalmen und Johannes 3,21 geben mir im Alltag Kraft.

Am Nachmittag ging es nach Bonn, wo ich als Vertreter unserer außenpolitischen Arbeitsgruppe bis Montagabend an der Afghanistankonferenz teilnahm. Am Vorabend hatte ich die Gelegenheit, kurze Gespräche zu führen mit dem Staatspräsidenten Afghanistans, Hamid Karzai, dem türkischen Außenminister Davitoglu, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, Außenminister Guido Westerwelle, dem Gehirn der Tagung Botschafter Michael Steiner, dem Botschafterin von Mazedonien, der afghanischen Gesundheitsministerin, etc. Am Vorabend fand ein Empfang im Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg statt.

Am Dienstag war ich mit dem Oberbürgermeister von Aalen bei der Telekom, ein Termin, um den ich mich sehr langfristig bemüht habe. Wir mussten vier Monate sehr hartnäckig sein, um dabei Fortschritte für den Breitbandausbau in Aalen zu erzielen. Wann immer sich ein Bürgermeister sich an mich wendet, helfe ich genauso wie jedem Mitbürger/in, der sich an mich wendet. Ich freue mich, dass sich unsere beiden Landkreise sehr stark um einen koordinierten Breitbandausbau in unserer

Heimat bemühen. Am Abend traf ich mich dann in Demmingen bei sehr kräftigem Schneefall mit Ortsvorstehern, Bürgermeistern und dem Landrat des Kreises Heidenheim zur 4. "Heiße-Eisen-Liste", wir haben wieder etliche regionalpolitische Themen behandelt und ich habe eine tüchtige Auftragsliste mitgenommen. Klasse Organisation durch den Bürgermeister von Dischingen, Alfons Jakl, und den Ortsvorsteher von Demmingen, Stefan Kragler. Meinerseits habe ich über aktuelle Entwicklungen in der Bundes- und Landespolitik unterrichtet, die für unsere Region von Bedeutung sind. Im Altkreis Aalen werden wir unser 4. Treffen im I. Quartal 2012 haben.

Am 07. Dezember fuhr ich zu etlichen Bürgergesprächen nach Heidenheim. Wiedergutmachungsansprüche und Staatsbürgerschaftsfragen waren die wesentlichen Themen meiner Gesprächspartner. Abends hatte ich dann die letzte CDU-Landesvorstandssitzung in Stuttgart, die ein gemeinschaftlicher Besuch des Stuttgarter Weihnachtsmarktes abschloss.

Am Donnerstag, dem 08. Dezember nahm ich an der Gründung eines Netzwerks Biomassenverwertung mit über 60 Firmen bei EURACONSULT in Ellwangen teil. Anschließend ging es nach Oberkochen zu einem Gespräch mit Carl Zeiss. Anschließend weiter nach Bonn zur Präsidiumssitzung des Reservistenverbandes, wo wir intensiv die anstehende Reform des Verbandes beraten und entscheidende Beschlüsse zur Kündigung der Mitgliedschaft von Extremisten gefasst haben.

Am Freitag nahm ich zum 3. Mal am Klimaforum des Ostalbkreises im Aalender Landratsamt teil, viele gute Gespräche schlossen sich an die Vortragsveranstaltung an.

Der Samstag war schon vorweihnachtlich geprägt. Zunächst war ich bei JU und CDU Ellwangen auf dem Marktplatz bei einer Unterschriftenaktion für eine schönere Marktplatzgestaltung, unsere JU hat bis gestern um die 3000 Unterschriften gesammelt, herzlichen Glückwunsch!! Ein herausragendes Weihnachtskonzert des Musikvereins Neresheim mit einer beeindruckenden Jugendkapelle und das traditionelle Entenessen der CDU Unterschneidheim beschlossen den Wintertag. Am Sonntag nahm ich an der Weihnachtsfeier der CDU Gien-gen teil, von dort brach ich dann zur letzten Sitzungswoche nach Berlin auf.

Ein Termin zum Vormerken: Am **Samstag, dem 25. Februar 2012** findet in **Königsbronn** das 1. sog. „Königsbronner Gespräch“ zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik statt. **Zeit: 11 - 18 Uhr, Ort: historische Hammerschmiede am Brenztopf.** Mir ist es gelungen, u.a. unseren baden-württembergischen und deutschen EU-Kommissar Günter Oettinger, den Staatssekretär Stéphane Beemelmans aus dem Verteidigungsministerium (BMVg) und unseren stellv. Fraktionsvorsitzenden Andreas Schockenhoff zu gewinnen. Unser Landesvorsitzender Thomas Strobl wird die Veranstaltung eröffnen. Als unterstützende Verbände habe ich die CDU Deutschlands, den Bundeswehrverband und den Reservistenverband gewonnen. Interessante Vorträge und Diskussionen erwarten Sie in historischem Ambiente. Ich würde mich freuen, Sie möglichst zahlreich zu begrüßen. Die Königsbronner Gespräche möchte ich in den nächsten Jahren gern als jährliches sicherheitspolitisches Forum für Süddeutschland und unsere Region etablieren.

2. Berlin

Die letzte Sitzungswoche dieses Jahres war trotz aller Jahresabschlusshektik auch von Weihnachtsfeiern der Landesgruppe und der Fraktion geprägt. Mit Georg Brunnhuber und dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Immobilienfragen, Dr. Gehb, hatte ich ein Gespräch zur Konversion der Ellwanger Kaserne. Ich habe Herrn Dr. Gehb nach Ellwangen eingeladen, er hat zugesagt. Dem Gespräch schloss sich ein Gedankenaustausch mit dem Bundesverteidigungsminister und dem Parlamentarischen Staatssekretär gleichfalls zur Konversion an. Im Auswärtigen Ausschuss ging es vorrangig um die Nuklearbedrohung durch den Iran, im Europaausschuss um Energie- und Eurofragen.

Des weiteren erhielt ich diese Woche vom Bundesverkehrsminister den Stand der Planung für die Bundesstraße B29. Jetzt ist die Landesregierung gefordert, die vom Bund zugesagten Baumaßnahmen auch vorrangig in der Landesverkehrsplanung zu priorisieren. Hierbei habe ich mich auch dafür eingesetzt, dass der Bau der Ortsumfahrung Ebnat (B29a) gleichfalls in den Plan aufgenommen wird - das fehlt bis jetzt! Insgesamt sind die Mittel für den Straßenausbau knapp, aber die Ortsumfahrung Mögglingen wie auch die Strecke Essingen Aalen stehen im Plan. Die Landesregierung muss beide Strecken jetzt so priorisieren, dass der Baubeginn

der Ortsumfahrung Mögglingen und anschließend die Essinger Strecke unmittelbar nach dem Abschluss der Tunnelbaumaßnahmen in Schwäbisch Gmünd begonnen werden. Wir werden sehen, welchen Stellenwert der ländliche Raum bei der neuen Regierung in Stuttgart hat, der Bund jedenfalls hat unter Führung der CDU seine Hausaufgaben gemacht.

Am Donnerstag hielt ich meine 34. Rede im Bundestag. Es geht um die Neuausrichtung unserer Afghanistan-Politik: Verstärkte Verantwortungsübernahme durch die Afghanen selbst in ihrem Land und Beginn des Abzugs der Bundeswehr. Sie finden die Rede hier: <http://bit.ly/hiEHjP>

3. Sonstiges

Mein Büro-Team hat dieses Jahr Herausragendes im Wahlkreis und in Berlin geleistet, rund 3500 Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Schulklassen, kirchlichen Gruppen und als Einzelpersonen aus unserem Wahlkreis haben dieses Jahr den Reichstag besucht, alles organisiert von Frau Jokl-Gehring und Herrn Arendt. Damit sind wir eines von drei Abgeordnetenbüros, die mehr als 3000 Besucher im Jahr erhalten, bei 612 Abgeordneten! Frau Dr. Puglierin und Herr Dr. Grams haben 2011 meine Ausschusssitzungen und fast 20 Reden vorbereitet und vieles andere geleistet. Einen ganz herzlichen Dank an mein Team auch an dieser Stelle. In den Dank schließe ich das Team unserer Kreisgeschäftsstellen in Aalen und Heidenheim und die beiden Kreisvorstände ein, die mich in meiner parteipolitischen Arbeit sehr gut unterstützen. Mein Büro im Wahlkreis wie in Berlin wird vom 24.12.-08.01. geschlossen sein. In dringenden Fällen erreichen Sie mich unter roderich.kiesewetter@wk2.bundestag.de und telefonisch unter 07361/8809834.

Ihnen allen danke ich für die aufmerksame Begleitung das ganze Jahr über und für die vielen guten Anregungen. Zugleich wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Start in ein hoffentlich glückliches und gesundes Jahr 2012. Ich freue mich auf die Begegnungen mit Ihnen.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

